

16. FEBRUAR 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XVI/39 - 16. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0385890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Der Bundestag hat beschlossen"</u> Kleiner Hinweis	20
1	<u>Epochemachende Erkenntnisse</u> Was Bundesminister von Merkatz aus Südostasien mitbrachte	26
2	<u>Tauziehen um Algerien</u> Im Hintergrund der Ost-West-Konflikt Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	46
3 - 4	<u>Wieder ein Schritt nach vorn</u> Neues Grundsatzprogramm der dänischen Sozialdemokratie Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston	67
5	<u>Vilshofener Aschermittwoch</u> Von Franz Barsig	45
6	<u>Born und Borgward-Werke</u> Eine notwendige Nachbetrachtung	31

* * * *

"Der Bundestag hat beschlossen"

Kleiner Hinweis

sp - Im Endspurt der Legislaturperiode dieses Bundestages werden sicher noch eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen verabschiedet, wobei nicht zuletzt die Etatberatungen und die Beschlussfassung über den Bundeshaushalt eine entscheidende Rolle spielen dürften. Nun haben sich in letzter Zeit zahlreiche Publikationsorgane daran gewöhnt, ihre Leser über das Geschehen im Bundestag mit der lakonischen Bemerkung zu unterrichten "Der Bundestag hat beschlossen". Auch mehrere Rundfunkanstalten begnügen sich gelegentlich bei der Berichterstattung über einen Parlamentsbeschluss mit dieser Floskel. Dabei müssen Leser und Zuhörer - sofern sie sich nicht ständig für das politische Kräftespiel in der Bundesrepublik interessieren - den Eindruck gewinnen, "der Bundestag", also alle Parteien, haben dieses oder jenes beschlossen, bzw. abgelehnt. Richtiger und besser wäre es, wenn man schreiben und sagen würde, welche Fraktion dieser oder jener Gesetzesvorlage zustimmte, warum sie es tat, oder warum eine andere Fraktion Bedenken anmeldete, sich der Stimme enthielt oder gegen einen Gesetzentwurf stimmte. Dann wüsste der Bürger, woran er sich zu halten hat. Er könnte Argumente und Gegenargumente abwägen und wäre in der Lage, bei der kommenden Wahl eine selbständige politische Entscheidung zu treffen. Die Bemerkung "Der Bundestag hat beschlossen" genügt nicht.

+ + +

Epochemachende Erkenntnisse

Was Bundesminister von Merkatz aus Südostasien mitbrachte

sp - Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen. Erzählt er etwas Neues, dann ist es gut. Tischt er jedoch alte Kamellen auf, dann hätte er sich die Reise ersparen können. - So lesen wir z.B. jetzt in dem Bericht einer westdeutschen Weltzeitung über die Südostasienreise des Bundesministers Hans-Joachim von Merkatz u.a.: "Wer um Verständigung für die eigene Sache werben will, muss auch Verständnis für die Probleme der Umworbenen zeigen". Und an anderer Stelle: "Dazu (zu einer zielbewussten deutschen Politik für die Entwicklungsländer) gehört an erster Stelle, dass wir uns selbst von den Schablonen des Kalten Krieges befreien, dass wir die eigenständige Rolle dieser Länder und ihren Wunsch nach einer neutralen Stellung zwischen Ost und West als politische Tatsache respektieren". So ähnlich geht es dann weiter.

Als der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, vor etwa viereinhalb Jahren von einer ausgedehnten Asienreise nach Bonn zurückkam, empfahl er der Bundesregierung dringend, ihre politische und wirtschaftliche Planung für die Entwicklungsländer nach den oben zitierten Erkenntnissen zu orientieren. Auch Bundestagsvizepräsident Prof. Carlo Schmid, sowie zahlreiche andere Parlamentarier haben nach ihren Asienreisen der Bundesregierung die gleichen Empfehlungen gegeben. Mut Fug und Recht darf man sich wohl jetzt fragen, ob es noch einmal vier Jahre dauern soll, bis die neuen Erkenntnisse des Herrn Ministers von Merkatz und seiner Begleiter Bestandteil deutscher Politik werden sollen. Wir fürchten, dass es dann zu spät ist und Pankow längst dort Wurzeln geschlagen hat, wo wir eigentlich schon seit Jahren Bäume stehen haben könnten.

+ + +

Tunisien um Algerien

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit Anfang Februar ist der Besuch des tunesischen Präsidenten Bourguiba in Paris angekündigt. Bis jetzt kam nur sein Bevollmächtigter, der tunesische Informationsminister M a s m o u d i, der in Paris mit General de Gaulle und dessen Ministern, aber auch mit den Mitgliedern der französischen Opposition Besprechungen führte.

Es ist interessant, dass der tunesische Botschafter in Begleitung des früheren französischen Ministers Savary (jetzt in der Vereinigten Sozialistischen Partei PSU) nach Paris kam und hier u.a. mit Guy Mollet (SFIO), Mendès-France (PSU) und dem früheren Übersceminister und Sprecher des linken Flügels der SFIO, Gaston Deffere, konferierte. Das zeigt, wie sehr die Fünfte Republik sich jetzt auf die Linke stützen muss, wenn sie in Algerien den Frieden herbeiführen will. Andererseits würden das Kriegsende und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in Algerien zu einer betonten Linksentwicklung in Frankreich führen. Für die konservativen und reaktionären Kräfte ist dies ein Grund mehr, die Regelung des Algerienproblems weiter hinauszuzögern.

Die eigentlichen Widerstände scheinen aber jetzt von algerischer Seite zu kommen. Masroudi soll Bourgibas Besuch vorbereiten, der seinerseits den Weg zu dem Treffen zwischen de Gaulle und Ferhat Abbas ebnen will. Der tunesische Präsident ist an der französisch-algerischen Verständigung dringend und fast persönlich interessiert. Wenn die gegenwärtigen Friedensbemühungen scheitern und die FLN endgültig in das östliche Lager abscherken sollte, wäre das eine ernste politische Bedrohung für Bourgibas Regime, das schon durch die Entwicklung in den anderen nordafrikanischen Ländern, in Nassers VÄR und in Marokko, in Mitleidenschaft gezogen ist. Eine östlich orientierte algerische Republik könnte zu einem Umsturz in Tunesien führen und müsste Bourgiba dazu zwingen, selbst in das östliche Lager abzuschwenken.

In den gegenwärtigen französisch-tunesisch-algerischen Besprechungen geht es also nicht mehr nur um das Prinzip der algerischen Selbstbestimmung, sondern um die aussen- und innenpolitische Orientierung der kommenden algerischen Republik, deren Entstehen von allen Seiten als unvermeidlich betrachtet wird.

Ferhat Abbas ist nicht erobert davon, dass Bourgiba als Vermittler zwischen ihm und General de Gaulle auftritt. Der Chef der algerischen Exilregierung befürchtet, dass der tunesische Präsident auf diese Weise einen allzu "launen" Kompromiss aushandeln könnte, eine gemässigte und westlich orientierte algerische Republik, die unter der doppelten Vormundschaft oder Patenschaft de Gaulles und Bourgibas stünde. Dagegen stemmen sich die radikalen Elemente der FLN, die sich schon seit längerer Zeit auf Kairo, Moskau und Peking stützen. Auch die französisch-nordafrikanischen Verhandlungen sind also eingeklinkt in die grosse Auseinandersetzung zwischen Ost und West.

Wieder einen Schritt nach vorn

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks ist schon längst eine Volkspartei geworden, die sowohl Arbeiter wie Angestellte, Landwirte und Intellektuelle umfasst. Im Jahre 1871 gegründet, erreichte die SP 1924 die Stellung als grösste dänische Partei und konnte durch ihren berühmten Arbeiterführer Thorvald Stauning - "der Zigarrenarbeiter" - die erste Regierung mit der links-bürgerlichen "radikalen Partei" als Koalitionspartner bilden. Bei den Wahlen im November vorigen Jahres errang die Partei einen grossen Sieg, und mit dem Akademiker Viggo Kampmann an der Regierungsspitze leitet sie weiterhin die Geschicke Dänemarks. Das sozialdemokratische Parteiprogramm stammt aber aus dem Jahre 1913 und musste entsprechend den veränderten Verhältnissen geändert werden. Seit drei Jahren befasste sich ein Sechsausschuss mit dieser Aufgabe. Jetzt wurde der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm veröffentlicht. Es soll nunmehr in der ganzen Partei diskutiert und auf dem Parteitag im Juni dieses Jahres verabschiedet werden.

Das neue Grundsatzprogramm stellt den demokratischen Sozialismus als politische und wirtschaftliche Gesellschaftsidee dar und ist mit dieser Formulierung die Weiterentwicklung des bisherigen Programms. Eines der wesentlichsten Punkte ist die Erklärung, dass die Anpassung an das Eigentumsrecht, die schon im Gange ist, fortgesetzt werden muss. Wo das Gemeinwohl es erforderlich macht, muss die Gemeinschaft, also der Staat, eingreifen und Verantwortung für Investitionen und die Produktion übernehmen. Es wird aber in diesem Zusammenhang unterstrichen, dass die Formen und Methoden für den Einfluss der Gemeinschaft auf die Gesellschaft verschieden sein können und sowohl das öffentliche wie das private Eigentumsrecht umfassen. Eine grundsätzliche Forderung nach Übernahme der Produktionsmittel durch die öffentliche Hand ist in dem Programm nicht enthalten, doch werden die Gefahren des kapitalistischen Systems hervorgehoben, weil sie die wirtschaftliche Ungleichheit und Ungerechtigkeit fördern. Der demokratische Sozialismus muss deshalb - so heisst es in dem Programm - für eine Demokratisierung des gesamten Gesellschaftslebens arbeiten, damit es jedem ermöglicht wird, seinen gerechten Anteil am Sozialprodukt und der gesellschaftlichen Freiheit zu erreichen. Um eine unerwünschte wirtschaftliche Machtkonzentration zu vermeiden, muss die

16. Februar 1961

öffentliche Hand fördernd für die Errichtung von Unternehmensformen wirken, die die Leitung verantwortlich gegenüber der Gesellschaft macht und den Mitarbeitern einen gesicherten Anteil am Sozialprodukt garantiert.

Die Ausübung des Eigentumsrechtes muss mit Rücksicht auf das Gemeinwohl von den Gesetzgebern begrenzt werden. In diesem Sinne soll die volle Grundbesteuerung eingeführt werden. Die Erbschaftsteuer wird als wesentlicher Teil der Bestrebungen im Sinne des gleichen Zwecks für alle angesehen. Grosse, durch Erbschaft erworbene Vermögen, fördern die Ungleichheit der Bürger, einer Minderheit wird die Möglichkeit gegeben, geniessen zu dürfen, ohne schaffen zu müssen.

Die beiden letzteren Punkte werden in den meisten Kommentaren der nichtsozialistischen Press. als "die scharfen Zähne" des Grundsatzzprogrammes beurteilt. Es heisst beispielsweise, dass das neue Programm trotz vieler Änderungen und "Milderungen" doch den Weg zum "schleichenden Sozialismus" aufzeigt. Abgesehen davon haben Zeitungen aus jeder vorhandenen partcipolitischen Schattierung (mit Ausnahme der kommunistischen und volkssozialistischen) hervor, dass eigentlich jeder dänische Bürger dem neuen Programm zustimmen kann.

Die Forderung nach der Republik wurde schon im 1913-Programm aufgegeben, und die Frage der Trennung zwischen Staat und Kirche wird im neuen Programmentwurf auch nicht erwähnt. Zur Verteidigungsfrage heisst es, "bis die UNO Sicherheit für die einzelnen Länder geschaffen hat, muss Dänemark durch Aufbau einer Landesverteidigung seinen Frieden und die Freiheit sichern".

Der demokratische Sozialismus, wird im Programmentwurf erklärt, ist die Antwort auf die Probleme der modernen Gesellschaft, die Alternative zum Kapitalismus und zur Diktatur, die Erfüllung der Forderungen nach Freiheit und Frieden, Sicherheit und Wohlstand für die Menschen. Es handelt sich dabei in dem Programm "um keine festgeschlossenen Theorien, die durch die Entwicklung veraltet werden können."

Vilshofener Aschermittwoch

Von Franz Barsig

Wenn man vom reinen Nachrichtenstandpunkt ausginge, dann würde es sich eigentlich erübrigen, auf die Aschermittwochsrede von Bundesverteidigungsminister Strauss in Vilshofen einzugehen. Während in früheren Jahren dieser politische Aschermittwoch der CSU die Schlagzeilen beherrschte, hat es in diesem Jahr beispielsweise nur eine Weltagentur für nötig gehalten, diese Veranstaltung mit ganzen 13 Zeilen zu berücksichtigen und in der deutschen Presse findet man kaum einen grösseren Bericht.

Trotzdem einen Kommentar? Ja, denn das, was sich in Vilshofen ereignet hat, bestimmt schon seit langen die Taktik der CDU/CSU, und je näher wir den Wahlen kommen, umso stärker wird die Fragererei werden, ob die Sozialdemokratische Partei es mit ihren Beschlüssen von Bad Godesberg und Hannover und der aussenpolitischen Rede ihres stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Deutschen Bundestag ernst gemeint habe oder ob es taktische Schachzüge waren. Und an diese "biedere" Fragestellung knüpfen sich dann eine Serie von neuen Fragen, die man stellt, weil man glaubt, die Sozialdemokraten damit in die Enge treiben zu können.

Die SPD hat diese Fragen allerdings bereits alle beantwortet, und um das Erinnerungsvermögen von neuen Fragestellern im Sinne von Franz-Josef Strauss aufzufrischen, sollen Kernfragen und Kernantworten wiederholt werden. Sie wurden in der Debatte des 30. Juni 1960 bereits behandelt, wobei Herbert Wehner sich auf die damaligen Fragen von Minister Strauss bezog.

Frage eins war, ob für die Sozialdemokratische Partei die atlantische Allianz Voraussetzung für die Erhaltung der Freiheit und die Erlangung der deutschen Wiedervereinigung sei.

Die Antwort lautete, dass die SPD davon ausgeht, dass das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Aussen- und Wiedervereinigungspolitik ist.

In der zweiten Frage wollte man von den Sozialdemokraten wissen, ob die SPD die Landesverteidigung bejahe, auch wenn sie in der Opposition stehe.

Die klare Antwort war, dass die SPD sich in Wort und Tat zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundrechte bekennt und die Landesverteidigung bejaht.

Im dritten Punkt verlangte man Auskunft darüber, ob die SPD ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO fordert.

Es wurde mitgeteilt, dass die SPD eine solche Forderung nicht erhebt und sie ergänzte, dass ein europäisches Sicherheitssystem die geeignete Form wäre, den Beitrag des wiedervereinigten Deutschlands zur Sicherheit in Europa zu leisten.

Schliesslich kam die Frage nach der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, die glatt unter Hinweis auf einen einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 1. Oktober 1958 bejaht wurde. Das alles wurde also schon am 30. Juni 1960 festgestellt und durch die Beschlüsse von Godesberg und Hannover bestätigt. Strauss treibt also nicht der Wissensdurst, sondern etwas anderes.

Bonn und Borgward-Werke

sp - Das Schicksal von Massenentlassungen ist den 20 000 Arbeitern der Bremer Borgward-Werke erspart geblieben. Der sozialdemokratisch geführte Senat hat die notwendigen Sanierungsmassnahmen getroffen; tief musste er in den Stadtsäckel für die Sicherung der Arbeitsplätze greifen. Nach menschlichem Ermessen scheint für die unmittelbare Zukunft keine Gefahr mehr zu bestehen. Eine Stilllegung der Borgward-Werke hätte das gesamte Wirtschaftsgefüge der Hansestadt durcheinander gebracht, für viele Tausende von Familien unmittelbare Not bedeutet und durch Abwanderung wäre der Stamm geschulter Techniker und Arbeiter in Bremen vermindert worden. Dies alles wurde durch das entschlossene Eingreifen des Bremer Senats verhindert, und es blieb die Basis für einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung der Halbmillionenstadt erhalten.

Wäre es nach dem Willen der Bundesregierung gegangen, hätten die Borgward-Arbeiter, Angestellten und Beamte selbst dafür sorgen müssen, wie sie mit der von ihnen gewiss nicht verschuldeten Krise fertig werden. Bonn stellte sich taub zu allen Hilfsmassnahmen, es stellte sich auf den Standpunkt, die ganze Sache gehe es nicht einen Pfifferling an. Die Bundesregierung liess sich von dem Grundsatz leiten, ein freier Unternehmer müsse auch das Risiko des Verlustes tragen, wenn er falsch kalkuliere. Nun trägt die Wirtschaftsphilosophie, die Herr Bundeswirtschaftsminister Erhard vertritt, nicht nur das Signum freie Marktwirtschaft, sie ist auch mit dem schmückenden Adjektiv "sozial" versehen. Es ist doch ein Unterschied, ob ein kleiner Betrieb zugrunde geht oder ein Riesenunternehmen mit 20 000 Beschäftigten; die sozialen und politischen Folgen von Massenentlassungen sind noch aus der Weimarer Zeit in allgemeiner Erinnerung. Wenn das Verhalten der Bundesregierung im Falle der Borgwardwerke bei ähnlichen Krisen in anderen Bereichen Maßstab sein sollte, dann gäbe es zwar immer noch eine freie Marktwirtschaft, aber mit "sozial" hätte sie bestimmt nichts mehr zu tun. Festhalten an Grundsätzen im Bereich der Wirtschaftspolitik kann auch zur Herzlosigkeit und zur Teilnahmslosigkeit am Los ganzer Arbeitnehmergruppen führen. Im Falle der Borgward-Werke hat Bonn herzlos gehandelt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel